



Durchwahl: 0511 3030-2151  
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-13-Wo-Go)

1. April 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 25. bis 29. März 2019

#### Montag, 25. März 2019

- 1 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“**  
(9. Sitzung)

#### Beratungsthemen:

1. [Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 stationäre medizinische Versorgung](#)

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung - mit der Anhörung des Landespatientenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Wüst, fort.

2. [Besprechung von Verfahrensfragen](#)

[Die Kommission erörterte und billigte die Vorschläge der Kommissionsmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU zum künftigen Verfahren und zur Arbeitsstruktur in der Enquetekommission. Es wurden weitere in Frage kommende Sachverständige genannt. Die Kommission nahm in Aussicht, in ihrer Sitzung am 29. April 2019 in die Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung - einzutreten.](#)

3. **Erörterung und Auswahl der in einer Arbeitsgruppe zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 -Notfallversorgung - zusammengetragenen Lösungsvorschläge**

Die Kommission begann mit der Erörterung der in einer Arbeitsgruppe zu Abschnitt III des Einsetzungsbeschlusses Drs. 18/2351 - Notfallversorgung - zusammengetragenen Lösungsvorschläge.

4. **Terminangelegenheiten**

Die Kommission erörterte die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 1. April 2019.

## **Dienstag, 26. März 2019**

### **2 Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe (3. Sitzung)**

#### **Beratungsthemen:**

1. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

Die Kommission beriet die Stellungnahme des MigrantenElternNetzwerkes Niedersachsen zu der Internetseite „www.neutrale-lehrer.de“. Sie beschloss, sich diese Stellungnahme zu eigen zu machen und diesen Beschluss auch dem Kultusausschuss zur Kenntnis zu geben.

2. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

- a) „Beschulung von Kindern und Jugendlichen während des Aufenthaltes in Landesaufnahmeeinrichtungen“  
Antrag des Kommissionsmitgliedes Frau Loos auf Unterrichtung vom 31. Januar 2019

Die Kommission ließ sich durch den GBD über die diesbezügliche Rechtslage informieren und beriet sodann über das Thema. Sie beabsichtigt, in der nächsten Sitzung hierzu einen Beschluss zu fassen.

- b) Sprachförderung in den Schulen  
- „Neuausrichtung der Sprachförderung in den KiTas“  
- „Schulen mit besonderem Bedarf“  
Antrag des Kommissionsmitgliedes Herrn Dr. Hadeed auf Unterrichtung vom 18. Februar 2019

Die Kommission nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

**hier:** Antrag auf Unterrichtung von Herrn Prof. Dr. Oltmer vom 25. Januar 2019 durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum Beschluss der 13. Integrationsministerkonferenz im März 2018 „Leistungen und Beiträge von Migrantinnen und Migranten erforschen und angemessen kommunizieren“

Die Kommission kam überein, die Unterrichtung auf die nächste Sitzung zu verschieben, da Herr Prof. Dr. Oltmer an der Sitzung nicht teilnehmen konnte.

4. **[Bleiberechtsregelung verbessern - echte Perspektiven für integrierte junge Menschen schaffen](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1528](#)

Die Kommission führte die Mitberatung durch und gab eine Stellungnahme gemäß § 18b Abs. 4 Satz 4 GO LT in der Form eines Auszuges aus der Niederschrift, aus dem sich das Meinungsbild der Kommission ergibt, ab.

5. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

**hier:** Anträge von Herrn Yalcinkaya vom 8. März 2019 auf

- a) Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Resolution des Niedersächsischen Integrationsrates „Wiedereinsetzung ausreichender Gelder für das Jahr 2020 zur Durchführung der ‚Landessprachkurse‘ für Menschen mit ungeklärtem Bleiberecht“ und
- b) Unterrichtung durch die Landesregierung zu der Resolution des Niedersächsischen Integrationsrates „Sofortige Rücknahme der Streichung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewohnerinnen und Bewohner zwischen der Erstaufnahmeeinrichtung ‚Kloster Blankenburg‘ und der Stadt Oldenburg“

Die Kommission kam überein, die Unterrichtungen in der nächsten Sitzung entgegenzunehmen und ggf. einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

6. **Terminplanung**

Die Kommission stimmte den vorgeschlagenen Sitzungsterminen für das Jahr 2019 zu.

7. **Verschiedenes**

Die Kommission bat, die Wohnungsgenossenschaft Hameln anzuschreiben und um eine Stellungnahme zu den näheren Umständen einer Absage auf die Bewerbung einer Hamelner Sintiza um eine Wohnung zu bitten.

**Donnerstag, 28. März 2019**

**3 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(27. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

- a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)
  
- b) [Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, am Vormittag und am Nachmittag des 24. April 2019 sowie bei Bedarf am Vormittag des 8. Mai 2019 in gemeinsamen Sitzungen mit dem - mitberatenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen eine mündliche Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen durchzuführen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, bis zum 3. April 2019 gegenüber der Landtagsverwaltung Vorschläge für den Kreis der Anzuhörenden festzulegen.

Im Auftrage

Wieseahn